

# ALK

## Aktionsgemeinschaft Lebenswertes Königstein

11.1.1984

An alle

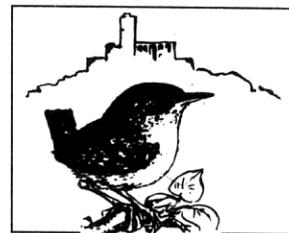
Mitglieder und Freunde der ALK

zu unserer JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

am 2. Februar 1984 (Donnerstag) um 20 Uhr

möchten wir Sie herzlich einladen

in das Katholische Gemeindezentrum Königstein, Georg-Pingler-Str.



Kontaktadresse:  
Dr. Friedrich Kollmann  
Limburger Straße 11  
6240 Königstein  
Telefon (06174) 22068

Im Gegensatz zu früheren Jahren wollen wir mit zwei inhaltlich wichtigen Tagesordnungspunkten beginnen, bevor wir uns den sogenannten Regularien wie Kassenbericht und Vorstandsneuwahl zuwenden.

Da im März 1985 voraussichtlich die nächste Kommunalwahl stattfindet, wird es allmählich Zeit, daß die ALK sich damit auseinandersetzt, ob eine erneute Kandidatur der ALK in Königstein notwendig ist oder nicht. Der weitere Schwerpunkt wird die Information und Diskussion über die Besetzung der Stellen von Bürgermeister und erstem Stadtrat sein. Da die Amtszeit der derzeitigen Amtsinhaber Anfang '85 (wenige Wochen vor der Kommunalwahl) ausläuft, müssen die Stadtverordneten die Beschlüsse über Wiederwahl oder Ausschreibung der Stelle(n) bereits Mitte 1984 fassen. Bereits jetzt laufen hinter den Kulissen die ersten informellen Gespräche über dieses für Königstein sehr bedeutsame Thema.

Die TAGESORDNUNG der ALK-Jahreshauptversammlung am 2.2.1984:

1. Soll die ALK bei der nächsten Kommunalwahl kandidieren?
2. Wahl/Neuwahl von Bürgermeister und erstem Stadtrat
3. Bericht von Vorstand und Fraktion, mit Aussprache
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahl des 1. Vorsitzenden
7. Neuwahl des 2. Vorsitzenden
8. Neuwahl des Kassenwarts
9. Wahl der Kassenprüfer
10. Sonstiges

Hier nun im Zeitraffer einige wichtige kommunalpolitische Themen des vergangenen Jahres:

Bangert: Mit der Ablehnung der Bangert-Bebauung durch die Hessische Landesregierung haben die Freunde eines grünen Bangerts im vergangenen Jahr einen wichtigen Etappensieg errungen. Allerdings steht 1984 die Entscheidung an, ob die Stadt Königstein unter dem Druck des Grundstückseigentümers und um eventuellen Schadensersatzforderungen zu entgehen, gegen die Entscheidung der Landesregierung vor Gericht zieht. Der Bürgermeister hat bereits geäußert, daß er sich einer Mehrheit für den Klageweg sicher ist. Die ALK, so der bisherige Stand, wird den Gang vors Gericht nicht unterstützen, da sie mit der ablehnenden Entscheidung der Landesregierung hoch zufrieden ist. Noch ein kleiner Wermutstropfen: Unabhängig von der Klage könnte die Königsteiner Stadtverordnetenversammlung in den kommenden Jahren versuchen, einen neuen, ver-

änderten Bebauungsplan Bangert aufzustellen.

**B 8:** In Sachen B8 ist man bereits vor Gericht. Die ALK ist finanziell mit von der Partie. Auch deshalb können Spenden für die ALK nichts schaden, allerdings sind Spenden für Wählergemeinschaften (im Gegensatz zu Parteien) steuerlich nicht absetzbar. Mit dem verbesserten Direktanschluß für Kelkheim am hoffentlich endgültigen Ausbau-Ende der B8 kurz vor dem "Damm" wurde eine verkehrstechnisch kluge Maßnahme vorgenommen. Wir hoffen, daß sich die Behörden damit darauf eingerichtet haben, daß der Weiterbau der B8 in Richtung Feldberg endgültig vom Tisch ist. Zu diesem Thema müssen auch die landespolitischen Gespräche zwischen SPD und Grünen beobachtet werden, allerdings hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Welteke gerade erneut für einen (etwas reduzierten) B8-Weiterbau ausgesprochen.

**Südumgehung Schneidhain:** Der Umlandverband Frankfurt hat beschlossen, den Bau der Südumgehung zurückzustellen bis Erfahrungen mit dem durch die geplante B8 verursachten Verkehrsaufkommen vorliegen. Noch zu Beginn des Jahres 1983 hatte die Königsteiner CDU dem Landschaftsplan zugestimmt, der auch die Südumgehung Schneidhain beinhaltet. Inzwischen heißt es offiziell: Die CDU "ist für die vorläufige Aussetzung des Baus der Südumgehung Schneidhain". Entweder sind auch bei der Königsteiner CDU Veränderungen vorgegangen oder die Umland-CDU hat sich in dieser Frage gegen ihre lokalen Parteifreunde durchgesetzt.

**Bürgermeisterwahl und Haushalt:** Der erste Vorstoß in der Öffentlichkeit zum Thema Bürgermeisterwahl stammt von der FDP: Sie fordert die Ausschreibung der Stellen von Bürgermeister und erstem Stadtrat, das heißt, daß beide Amtsinhaber zunächst einmal nicht automatisch wiedergewählt werden sollen. In Sachen Vorpreschen beim Thema Hauptamtliche ist die FDP in eine harte Auseinandersetzung mit dem Stadtverordneten-vorsteher (CDU) verwickelt, dem die FDP eine "gröbliche Verletzung" seiner Amtspflicht vorgeworfen hat. Das ist ganz schön starker Tobak, zu dem beispielsweise die ALK in der Öffentlichkeit noch nie gegriffen hat. Aber vielleicht sind wir zu vornehm-zurückhaltend.

Zum Thema Bürgermeisterwahl hatte die ALK bereits im Sommer in einem Brief an den Landrat gefragt, ob nicht eine Verlängerung der Amtszeiten über die Kommunalwahl hinaus möglich ist. Dann würde mit diesen wichtigen Personalentscheidungen nicht dem möglicherweise mit neuen Mehrheiten ausgestatteten neugewählten Parlament vorgegriffen. Leider ist nach Auskunft eine Verlängerung der Amtszeit um wenige Monate nicht möglich, sodaß auch die zwei folgenden Stadtparlamente die Personalentscheidungen akzeptieren müssen.

Die letzten Haushaltspläne konnte die CDU mit Hilfe der SPD verabschieden. Diese Haushaltskoalition bereitet möglicherweise auch die Wiederwahl der derzeitigen Amtsinhaber vor. Die Posten hatten sich ja bereits vor zwölf Jahren CDU und SPD brüderlich geteilt.

**CDU und ALK:** Die Königsteiner CDU hat bereits den Wahlkampf '85 eröffnet. Wiederholt wird seit einigen Wochen auf das Hauptziel der CDU hingewiesen, in Königstein wieder die (gottgegebene) absolute Mehrheit zu erringen (damit diese wieder schalten und walten kann wie vor dem Auftreten der ALK). Was eine absolute CDU-Mehrheit für Königstein bedeutet, hat die CDU genügend unter Beweis gestellt. Um die fehlenden 1,5 Prozent zur absoluten Mehrheit zu erringen, hat die CDU bereits ihren Hauptgegner ausgemacht: nicht die SPD, mit der in der Vergangenheit oftmals trefflich kooperiert wurde sondern die ALK ist im Visier der CDU. Dies beweisen die häßlichen persönlichen Angriffe der CDU in der KW gegen einzelne ALK-Mitglieder. In einem Fall schreckte die CDU nicht einmal vor der öffentlichen Miteinbeziehung des Arbeitgebers zurück. Diese CDU-Aktivitäten unterscheiden sich gewaltig von der Politik der ALK, die auch weiterhin ohne diesen Stil auskommen will. Die neuen CDU-Aktivitäten erinnern fatal an die verunglimpfenden Angriffe der CDU gegen den ALK-Spitzenkandidaten im letzten Kommunalwahlkampf. Wahrscheinlich glaubt die CDU, sich schon jetzt auf den von ihr vermuteten neuen Spitzenkandidaten der ALK einschließen zu müssen.

Daß sich die CDU hauptsächlich an der ALK reibt, erklärt sich auch dadurch, daß die ALK nach der CDU die meisten Wähler bei der letzten Kommunalwahl auf sich vereinigen konnte und es eine Überschneidung des CDU/ALK-Wählerpotentials von rund zehn Prozent der Stimmen gibt. Die CDU denkt möglicherweise, wo viel ist, ist auch viel zu holen - aber das gilt natürlich auch umgekehrt. Und dabei hatte der ALK-Fraktionsvorsitzende erst vor Kurzem öffentlich erklärt, daß er auch die Wahl eines Fachmanns mit CDU-Parteibuch zum Königsteiner Bürgermeister nicht ausschließe.

Zum Thema Königsteiner CDU ist weiter bedauernd anzumerken, daß einer der hellsten Köpfe die Königsteiner CDU-Fraktion wegen Fortzugs verlassen hat. Dieser widerstand gelegentlich dem (offiziell nicht vorhandenen) Fraktionszwang bei wichtigen Abstimmungen (z.B. Haushalt). Mit klarer Analyse hatte dieser - nur seinem Gewissen und dem Wohl der Stadt verpflichtet - deutliche Kritik an der Haushaltspolitik der CDU geübt. Er hatte sich seinerzeit auch öffentlich gegen ein Vorbreschen des CDU-Fraktionsvorsitzenden in Sachen B8-Bau gewandt.

Germania: Eines der menschlich traurigsten kommunalpolitischen Themen des vergangenen Jahres war die Verwicklung von führenden Repräsentanten unserer Stadt im Vorfeld der vorläufigen Entmündigung des 84jährigen CDU-Mitglieds Ludwig Brühl, der sein Haus "Germania" samt Grundstück im Falle seines Todes (erst dann!) an die jungen Bewohner seines Hauses vermacht hatte. Von Bürgermeister Weber ist zumindest bekannt, daß er den Amtsgerichtsdirektor über den Vorgang informiert hat, das geht auch aus einer internen Aktennotiz hervor. Der erste Stadtrat Gregori hatte es für notwendig befunden, sich offiziell bei einer Stadtverordnetensitzung mit dem Verhalten seines Chefs zu solidarisieren und dieses in allen Punkten zu billigen. Glücklicherweise ist der Fall durch den Wirbel in der Presse inzwischen ausgestanden und die vorläufige Entmündigung zurückgenommen. Die strapazierten Nerven des 84jährigen Wohltäters waren dem Bürgermeister nicht einmal eine Entschuldigung wert. Nach dem ALK-Wahlerfolg von 1981 war dieses das zweite Ereignis, mit dem Königstein in die Schlagzeilen der überregionalen Presse geriet (u.a. Zeit, Spiegel).

Wochenmarkt: Auch wenn im Stadtparlament CDU und SPD oft gegen ALK und FDP stehen, beim Thema Wochenmarkt verlaufen die Linien anders. Unter dem Stichwort Kostendeckung versucht die FDP eine Änderung der derzeitigen Bezuschussung zu erreichen. Wenn die Standgebühren kostendeckend sein sollen, würde dies zu einer weiteren Erhöhung führen (Königstein hat bereits jetzt im weiten Umkreis die höchsten Standgebühren) und damit zur Abwanderung von Händlern und zum Ende des Wochenmarktes beitragen. Bereits früher war der FDP-Vorstoß gescheitert, den Wochenmarkt in das Abseits der ehemaligen Grundschule in der Wiesbadener Straße zu verbannen. Hier sind sich ALK und SPD einig, den Markt als kommunikativen Treffpunkt zu erhalten. Eine Umfrage der ALK zum Wochenmarkt (über 250 Teilnehmer) hatte zusätzlich die breite Zustimmung der Bürger zu dieser Einrichtung belegt. Die genauen Ergebnisse/Tabellen können bei der ALK-Kontaktadresse angefordert oder auf der Jahreshauptversammlung mitgenommen werden.

Grundstück für städtischen Beamten: Ein wichtiges Ereignis war die geplante Vergabe eines städtischen Grundstücks im Gebiet Flemetz/Hohwiesen an einen städtischen Beamten in Erbbaupacht. Nachdem die Taunus-Zeitung Wind von der Sache bekommen hatte und entsprechende kritische Artikel erschienen waren, traute sich bisher keine Fraktion, der Grundstücksvergabe zuzustimmen. Gleich mehrmals ging die Magistratsvorlage wieder zurück an den Absender. Als Bedenken wurden vorgebracht, daß die Stadt Königstein bei der drohenden Rückzahlung des Bangert-Kaufpreises keine Mark zu verschenken hat. Als Argument kann hier nicht dienen, daß früher auch andere (zum Teil sehr hohe) städtische Bedienstete Erbbaugrundstücke erhalten haben. Zum Vergleich: Für so ein Erbbaugrundstück muß zum Teil pro Jahr weniger gezahlt werden als manche Königsteiner pro Monat für ihre Mietwohnung bezahlen müssen. Weiterer Kritikpunkt: Die Vergabe von anderen städtischen Grundstücken in diesem Gebiet war nach einem komplizierten und umstrittenen Punktesystem vorgenommen worden. Viele Stadtverordnete waren der Ansicht, daß auch in diesem Fall weiter nach diesem Punktesystem hätte vorgegangen werden müssen und dementsprechend andere Bewerber mit mehr Punkten zunächst zum Zuge gekommen wären.

Altpapier-Behälter: Während allerorten die Gemeinden bei der getrennten Beseitigung von Müll voranschreiten, befindet sich Königstein hier schon wieder auf dem Rückweg. Weder Argumente noch Presseartikel oder heftige Parlamentsdebatten halfen, die Container wurden wieder abtransportiert. Der Abtransport erfolgte bereits, bevor die Stadtverordnetenversammlung über entsprechende Anträge von ALK und FDP abgestimmt hatte.

Feuchtbiotop am Freibad: Auch zur Rettung eines Feuchtbiotops am Freibad kam die Behandlung im Stadtparlament zu spät. Da in Königstein der parlamentarische Zapfenstreich bereits um 23 Uhr ist und die Anträge der Fraktionen erst am Schluß der Tagesordnung kommen, war unser Antrag zur Rettung des Feuchtbiotops mehrmals vertagt worden. Als dann das Thema endlich im Parlament diskutiert wurde, waren die Fakten geschaffen und das Feuchtbiotop (Lebensraum für Tiere und Pflanzen) nicht mehr vorhanden. Aber solange manch ein Verwaltungsmitarbeiter ein Feuchtbiotop bloß für eine "nass' Froscheck" hält ...

Altes Rathaus in gelb und der verdeckte Springbrunnen im Kurpark: Erfolgreicher war die ALK mit sanften Hinweisen, Anfragen usw. zum vorübergehend gelben Anstrich des Alten Rathauses und zu einer Informationssäule im Kurpark, die so sinnig aufgestellt war, daß sie von der Fußgängerzone aus den Blick auf den Springbrunnen verdeckte. Beides wurde inzwischen ins Bessere verändert.

Baugebiet Ölmühlweg/Breulsweg I: Ein schönes, bzw. schlimmes Beispiel für die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik: Mehrmals wechselten Besitzer und Antragsteller des Bauantrages. Von Anfang an waren Stadtverordnete damit verlockt worden, daß ein bekanntes Behandlungsinstitut in Königstein bliebe, würde es in dem neuen Baugebiet untergebracht. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die angemeldeten Zweifel der ALK berechtigt waren und sich das Behandlungsinstitut anderweitig erweitert. Für viele Stadtverordnete hatte das Behandlungsinstitut als Lockvogel für die Genehmigung des gesamten Baugebietes ausgereicht. Inzwischen ist alles zu spät, denn der Bebauungsplan ist nicht mehr rückgängig zu machen, das waldartige Gelände ist bebaut, die Verkehrsanbindung wird sich als unzureichend und gefährlich herausstellen.

Hochwasserrückhaltebecken Reichenbach: Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde die entsprechende Planung auf den Weg gebracht. Die Bedenken von Forstleuten und Umweltschützern konnten den Willen zum Bau der Parlamentsmehrheit nicht erschüttern. Möglicherweise wird dieses Becken ein Paradebeispiel für kommunalpolitisches Pokerspiel: Es ist durchaus denkbar, daß die Verantwortlichen "nur" ein 7.000 Kubikmeter fassendes Becken wollen, beantragt wird aber zunächst ein 12.500-Kubikmeter-Becken, um dann im Endeffekt das heimlich immer angepeilte Becken mit 7.000 Kubikmetern als großartigen und vernünftigen Kompromiß zu feiern. Nicht nur in der großen Politik muß man mit noch Schlimmerem drohen, um das etwas weniger Schlimme reibungslos durchzusetzen.

Anbindung Taunus-Schule: Auch dieses flächenverzehrende Vorhaben wurde gegen die Stimmen der ALK beschlossen. Nicht genug mit der Straße an der Taunus-Schule (mit der wir uns noch abfinden könnten), hinzu kommt ein Kreuzungsbauwerk mit der B455, eine Anbindung für das Hilfeleistungszentrum und für ein mögliches Baugebiet sowie neue Parkplätze auf der Opelzoo-Seite.

Kreisel und L 3327: Der Umbau des Kreisels und der (überflüssige) Ausbau der L3327 zwischen Königstein und Mammolshain wird auch im nächsten Jahr die städtischen Gremien beschäftigen. Bei der geplanten und von uns abgelehnten Betonierung der derzeitigen unhaltbaren Zustände war es ein ALK-Antrag, der das Thema nochmals in die öffentliche Diskussion rückte. Eine gut besuchte Bürgerversammlung war eine der Folgen. Allerdings, Vorschläge und Kritik, die bei dieser Versammlung geäußert wurden, haben keine Gegenliebe bei den Verantwortlichen gefunden. Auch bei der L3327-Diskussion fanden die Meinungen vieler Bürger keine entsprechende Berücksichtigung. Zu beiden Themen liegen Verwaltungsvorlagen auf dem Tisch, die dies belegen.

Gestaltungssatzung: Von der ALK vor über einem Jahr beantragt und immer noch nicht behandelt im Stadtparlament. Mal sehen, ob das Stadtparlament den Erlaß einer Satzung noch bis zum Frühjahr schafft, denn ab diesem Zeitpunkt dürfen ein Jahr vor der Kommunalwahl solche wichtigen Satzungen nicht mehr beschlossen werden.

Jüdischer Friedhof: In der Woche, in der sich die Reichskristallnacht jährte, besichtigte die ALK unter Leitung des sehr sachkundigen Stadtarchivars Sturm-Goldramstein den ehemaligen jüdischen Friedhof in Falkenstein. Mit 50 Interessierten war die Beteiligung erfreulich hoch.

ALK im Buch: In diesem Jahr wird ein Buch über Kommunalpolitik erscheinen, in dem auch die Arbeit der ALK ausführlich dargestellt wird.

